

Energiepolitik

## Fracking verhindern, Windenergie naturverträglich ausbauen

Gleich zwei Energie-Themen stehen im niedersächsischen Umweltministerium derzeit ganz oben auf der Agenda: Fracking und Windenergie. Der BUND-Landesverband versucht in zwei Arbeitsgruppen, dem Umwelt- und Naturschutz Gehör zu verschaffen, zum Teil gegen eine starke Wirtschaftslobby.

Schon bald nach dem Regierungswechsel 2013 begann das Umweltministerium mit der Arbeit an einem Erlass, der die Gasförderung mit der riskanten Fracking-Methode regeln soll. Zwar will Rot-Grün hierzulande kein Fracking in Schiefergestein erlauben, wohl aber Fracking zur Gewinnung von sogenanntem Tight-Gas, also Gas aus wenig durchlässigen Sand- und Kalksteinschichten.

Um den Erlass zu entwickeln, trifft sich im Ministerium regelmäßig eine Arbeitsgruppe. Dazu eingeladen werden unter anderem zu Fracking arbeitende Bürgerinitiativen, die kommunalen Spitzenverbände, der Wasserverbandstag, der BUND, etliche Firmenvertreter der Gasförderbranche sowie der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung. Der überwiegende Teil der Bürgerinitiativen hat die Arbeitsgruppe mittlerweile verlassen, weil es nach ihrer Ansicht vor allem darum geht, Fracking in Niedersachsen weiterhin zu erlauben.

Der BUND-Landesverband teilt diese Auffassung. Derzeit will die Landesregierung die umstrittene Fördermethode nur unter Wasserschutzgebieten verbieten und dort, wo Trink- und Mineralwasser gefördert wird. Das reicht uns nicht aus. Außerdem können Umweltverträglichkeitsprüfungen nach unserer Ansicht die Risiken nicht ausreichend reduzieren. Trotzdem wirkt der BUND weiter in der Arbeitsgruppe mit, um auch dort mit Argumenten zu überzeugen, dass die Zulassung von Fracking nicht zu verantworten ist.

Parallel arbeitet das Ministerium an einem Erlass, um den weiteren Ausbau der Windenergie voranzubringen. Mit am Tisch sitzen dabei unter anderem das Landwirtschaftsministerium (zuständig für Landesplanung und Raumordnung), das Sozialministerium (zuständig für Städtebau und Bauleitplanung) und das Wirtschaftsministerium, außerdem zahlreiche Vertreter der Windkraftbranche.

In der Diskussion zeigten sich schnell große Meinungsverschiedenheiten: Wie viel Windkraft braucht das Land? Wie viel Schutz brauchen Rotmilan und Co.? Diskutiert wird über die notwendigen Abstände der Windenergieflächen zum Beispiel zur Wohnbebauung, zu Nestern potenziell gefährdeter Vogelarten und zu Fledermaus-Flugkorridoren. Nach dem aktuellen Stand des Entwurfs sollen die Zahl der Windenergieanlagen und die dafür ausgewiesene Fläche bis 2050 schrittweise



deutlich steigen. 2050 könnten auf bis zu 1,8 Prozent der Landesfläche Windräder stehen. Sie sollen auf sogenannten Vorrangflächen konzentriert werden, die in allen Landkreisen ausgewiesen werden. Dabei werden die Windräder am Ende nicht gleichmäßig verteilt sein; Natur, Landschaft und Siedlungsentwicklung sollen berücksichtigt werden. Dieser Zwischenstand ist einigermaßen konsensfähig – allerdings steht mit dem Natur- und Artenschutz ein besonders kritisches Diskussionsfeld noch aus.

Dabei sollte eines bedacht werden: Die Windenergie ist Teil der Energiewende und hat eine vielstimmige Lobby, nicht zuletzt im Wirtschaftsministerium. Die biologische Vielfalt hingegen hat keine eigene Lobby, das müssen wir Umwelt- und Naturschutzverbände übernehmen, auch gemeinsam mit dem Umweltministerium, das neben Klimaschutz und Energiewende auch für die biologische Vielfalt zuständig ist. Dass der BUND die Energiewende will, ist unstrittig. Dass die Windkraft dabei eine wesentliche Rolle spielt, ist ebenso klar. Wie viele zusätzliche Windräder und Flächen wir dafür in Niedersachsen brauchen, hängt aber auch davon ab, wie stark wir den Energieverbrauch senken und wie viel zusätzlicher Strom durch das Aufrüsten alter Anlagen erzeugt werden kann. Wir Umwelt- und Naturschutzverbände sind gefordert, die Diskussion über die Windenergie mit der notwendigen Weitsicht zu führen und beides im Blick zu behalten: den Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt.

*Dr. Stefan Ott*

Windenergie und Artenvielfalt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Foto: Kenneth Brockmann, pixelio.de

► Weitere Informationen unter: [www.bund-niedersachsen.de](http://www.bund-niedersachsen.de)

## Fluss-Renaturierung

## „Masterplan Ems“ in Sichtweite

Der Tidepolder Lippenbroek an der Schelde (Belgien). Ein Pilotpolder soll auch Teil des Masterplans Ems werden. Foto: BUND



**E**ine Lösung im jahrzehntelangen Streit um die Renaturierung der Ems ist ein Stück näher gerückt: BUND, Nabu und WWF haben Mitte Juni eine Absichtserklärung unterzeichnet, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen, den Landkreisen Leer und Emsland und

der Meyer Werft. Bis Jahresende wollen sie sich auf einen verbindlichen „Masterplan Ems 2050“ einigen. Er soll vertraglich festlegen, wie genau die ökologische Situation der Ems bis 2050 verbessert wird.

Außerdem verpflichtet sich das Land zu Sofortmaßnahmen: Für die kommenden drei Jahre stellt es 22 Millionen Euro bereit für die Entwicklung autotypischer Lebensräume, die Optimierung der Lebensräume von Wiesenvögeln, einen Pilotpolder und die Einrichtung einer Naturschutzstation an der Ems. Zur Schlickreduzierung soll versuchsweise ein Tidepolder angelegt werden, außerdem soll es weitere Studien zum Einbau einer Sohlschwelle oder einer Tidesteuerung mit Hilfe des Emssperrwerks geben. In den nächsten 35 Jahren will das Land 700 ha Flächen für den Naturschutz zur Verfügung stellen. Die Verhandlungen über den Masterplan haben im Juli begonnen. Ob ein gemeinsamer Weg zur Wiederherstellung einer gesunden und ökologisch intakten Ems gefunden werden kann, wird sich zeigen.

*Vera Konermann*

## Weser, Ems, Elbe

## Flüsse vor Gericht

**G**leich drei große Verfahren rund um Flüsse wurden diesen Sommer vor Gericht verhandelt: Eine Klage zur Ems hat das Verwaltungsgericht Oldenburg Ende Juni abgewiesen. Der BUND hatte gegen die Erlaubnis für zwei Schiffsüberführungen geklagt. Der Verband prüft nun, ob er in Berufung geht. Anfang Juli befasste sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit der Weservertiefung. Eine Entscheidung wird voraus-

sichtlich 2015 fallen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte das Verfahren vor einem Jahr unterbrochen und grundsätzliche Fragen zur Wasserrahmenrichtlinie an den EuGH verwiesen. Die mündliche Verhandlung zur geplanten Elbvertiefung fand Mitte Juli vor dem Bundesverwaltungsgericht statt. Wie es weitergeht, will das Gericht Anfang Oktober verkünden.

*Thomas Mura*

## Salzabwässer

## BUND fordert Nordseepipeline als Kompromiss

**S**alzabwässer aus der Kaliindustrie schädigen nach wie vor Werra und Weser und beeinflussen massiv die biologische Vielfalt. Um einen guten ökologischen Zustand gemäß europäischer Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen, muss die Gewässerversalzung durch den Kalibergbau beendet werden. Eine Pipeline zur Nordsee bietet die Chance, dass Werra und Weser nach über 100 Jahren wieder zu Süßwasserflüssen werden. Das haben die betroffenen BUND-Landesverbände Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen bekräftigt.

Sie sehen eine Nordseepipeline als Kompromisslösung. Vorrangig muss die Kalibergbaufirma K+S AG Produktionsabfälle vermeiden und am Entstehungsort vermindern. Trotzdem entstehende Abfälle sollen wieder unter Tage gebracht werden. Derzeit beurteilt das Umweltbundesamt die Möglichkeiten, die Abwässer umfassend einzudampfen. Eine Einleitung in die Oberweser lehnen die Landesverbände strikt ab, ebenso wie die weitere Verpressung in den Untergrund. Sie gefährdet

das Trinkwasser. Ökologische Vorteile gegenüber der derzeitigen Einleitung in die Werra bietet die Nordseepipeline nach Auffassung des BUND allerdings nur, wenn wichtige Rahmenbedingungen aus den Vorstudien eingehalten werden: Die weitere Planung muss bestätigen, dass die Einleitung des salzhaltigen Abwassers in die Nordsee unbedenklich ist, und der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer darf nicht beeinträchtigt werden.

Bisher erleben wir überwiegend eine Hinhaltetaktik. Zwischen der Empfehlung einer Nordseepipeline durch den Runden Tisch im Frühjahr 2010 und der Vorlage erster Planungsunterlagen für die Raumordnungsverfahren im Frühjahr 2014 vergingen vier Jahre. Und die bisherigen Verringerungen der Salzeinleitung wurden K+S erst durch starken rechtlichen und politischen Druck abgerungen. Immerhin muss das Unternehmen die Verpressung in den Untergrund 2015 beenden und die Genehmigung zur Einleitung in die Werra ist bis 2020 befristet.

*Marita Wudtke*

Die Kaliindustrie leitet Salzabwässer in die Werra ein. Foto: BUND





## Waldnaturschutz

# Land auf Kollisionskurs mit EU-Recht

Das niedersächsische Umweltministerium drängt die Naturschutzbehörden der Kreise und Städte, schnell alle Gebiete zu sichern, die das Land nach der FFH-Richtlinie als Schutzgebiete gemeldet hat. Doch einige Vorgaben des Landes für solche Unterschutzstellungen in Wäldern widersprechen europäischem und deutschem Recht. Das hat ein Gutachten ergeben, das BUND, Greenpeace und Nabu in Auftrag gegeben hatten.

Ein Erlass aus der Zeit des Regierungswechsels würde die Naturschutzbehörden unter anderem zwingen, die Anpflanzung von nichtheimischen Bäumen oder die Entnahme von Höhlen- und Totholzbäumen in großem Umfang zu erlauben. Außerdem wären Einschränkungen der Forstwirtschaft nur in Teilen des Schutzgebiets möglich. Der Erlass wird bereits nicht mehr angewendet, auch aufgrund starker Kritik der Naturschutzverbände. Sie haben das Land nun aufgefordert, die Vorschriften komplett zu überarbeiten.

Hintergrund für die Eile des Umweltministeriums: Niedersachsen droht eine Verurteilung durch die EU mit hohen Strafzahlungen. Spätestens bis 2013 hätte das Land die Gebiete sichern müssen, doch die alte



Landesregierung hatte das zum großen Teil verschleppt und ausgebremsst.

*Georg Wilhelm*

Der BUND möchte mehr Schutz für den Wald.  
Foto: Gaby-Stein, pixelio.de

## Landwirtschaft

# Wegraine erhalten, Artenvielfalt schützen

Es ist ein weit verbreitetes Problem: Landwirtschaftliche Wege und die Ränder von Entwässerungsgräben werden Jahr für Jahr ein Stückchen schmaler, weil Landwirte sie mit dem Pflug „anknabbern“, um ihre Äcker zu vergrößern. Wertvolle Naturflächen gehen dadurch verloren. Denn anders als auf den Äckern wird auf Wegrainen eigentlich nicht gepflügt, gedüngt und mit Pestiziden gespritzt. Stattdessen gedeihen dort Kräuter, Stauden und Gräser und es tummeln sich Insekten und Kleinvögel. Wegraine könnten also wie ein feines Biotop-Netz unsere Agrarlandschaft durchziehen – wenn sie nicht Stück für Stück verschwinden würden. Was

Umwelt- und Naturschützer gegen die illegale Nutzung von Wegrainen und Gewässerrändern tun können, zeigt eine neue BUND-Broschüre. Sie erklärt die Rechtslage und zeigt, wie man die tatsächlichen Wegbreiten ermittelt und mit Daten des Katasteramts abgleicht. Manfred Radtke aus der Ortsgruppe Rotenburg hat die Broschüre ehrenamtlich erstellt. Sie ist kostenlos in der Landesgeschäftsstelle erhältlich – je nach Bestellmenge fallen Portokosten an – oder kann als PDF heruntergeladen werden.

*Thomas Mura*



► Die Broschüre „Wegraine und Gewässerrandstreifen“ kann heruntergeladen werden unter: [www.bund-niedersachsen.de/wegraine](http://www.bund-niedersachsen.de/wegraine)

## BUNDjugend

# Aktionstage für Nachwuchs-Naturschützer

Junge Menschen für den Umwelt- und Naturschutz begeistern und zum Engagement motivieren – dabei greift den BUND-Gruppen in Niedersachsen ab sofort Clara Waldermann unter die Arme. Als Leiterin des neuen BUNDjugend-Projekts „Landschaftswandler.in“ bietet sie an, gemeinsam Aktionstage für Kinder oder Jugendliche auf die Beine zu stellen.

Was für ein Aktionstag passt zu uns? Was ist vor Ort und mit unseren Möglichkeiten machbar? Clara Waldermann hat viele gute Ideen im Gepäck. Nach dem Aktionstag sollen sich die Kinder und Jugendlichen zwei bis drei weitere Male treffen, um ihre eigenen Interessen zu entdecken und sich danach als selbst-

ständige Gruppe zu engagieren. Im Februar 2015 bietet „Landschaftswandler.in“ außerdem Fortbildungen zu Jugendarbeit und Umweltbildung an. Dort lernen die Teilnehmenden Methoden, um eine Jugend- oder Kindergruppe zu begleiten. Das Projekt wird drei Jahre lang von der Aktion Mensch gefördert. Wer mitmachen möchte – als BUND-Gruppe oder als Teilnehmer an der Fortbildung – kann sich an die Projektleiterin wenden unter [clara@bundjugend-niedersachsen.de](mailto:clara@bundjugend-niedersachsen.de) oder per Telefon 0511 - 3 94 07 12.

*Clara Waldermann*

Das Projekt »Landschaftswandler.in« soll Kinder und Jugendliche für die Natur und ihren Schutz begeistern. Foto: BUND



## Erste Veränderungen auf den Weg gebracht



Die Delegierten diskutieren die Vorschläge aus dem Verbandsentwicklungsprozess.  
Foto: BUND

**N**och handlungsstärker werden und das Wir-Gefühl im Verband fördern – daran hat der BUND Niedersachsen seit April 2013 in einem Verbandsentwicklungsprozess gearbeitet. Mit der Jahresvertreterversammlung (JVJ) im Juni endete eine wichtige Etappe

auf diesem Weg, bis dahin hatte die Socius Organisationsberatung die Verbandsentwicklung begleitet und moderiert.

In einer Verbandswerkstatt vor der eigentlichen JVJ trugen haupt- und ehrenamtlich Aktive die Ergebnisse aus dem mehr als einjährigen Prozess zusammen. Daran anknüpfend beschlossen die Delegierten auf der JVJ Arbeitsaufträge zur Verbesserung des Informationsflusses, der Zusammenarbeit der Aktiven im Verband, der Einbindung der BUND-Einrichtungen, der Weiterbildung für Ehren- und Hauptamt und der Stärkung der BUNDJugend. Außerdem soll der Vorstand das Für und Wider eines bezahlten Wahlamts des Landesvorsitzenden prüfen.

Um die Umsetzung der Beschlüsse bis zur nächsten JVJ zu begleiten, wurde ein fünfköpfiges Team gewählt: Clara Waldermann (BUNDJugend), Susanne Gerstner (Burg Lenzen), Ingunn Böttcher (KG Northeim), Stefan Walingen (KG Hildesheim) und Tilman Uhlenhaut (Landesgeschäftsstelle).  
*Tilman Uhlenhaut*

### PERSONALIEN

#### Wechsel im Vorstand

Dorothea Steiner wurde auf der Jahresvertreterversammlung im Juni als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Sie war Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Grünen, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und hat im Gorleben-Untersuchungsausschuss mitgearbeitet. Dorothea Steiner rückt für Renate Backhaus nach, die aus dem Vorstand zurückgetreten ist. Renate Backhaus bleibt Atombeauftragte des Landesverbands.



Dorothea Steiner  
► Kontakt: [dorothea.steiner@bund.net](mailto:dorothea.steiner@bund.net)

#### Neu auf Hof Wendbüdel

Zita und Michael O'Halloran haben die Betriebsleitung des Natur-Bauernhofs Wendbüdel im Landkreis Oldenburg übernommen. Die Agraringenieurin und der Landwirt leben seit Anfang Juli mit ihren drei Kindern auf dem Hof; bis zum Jahresende arbeitet der langjährige Betriebsleiter Wulf Carius sie ein. Zuletzt waren die O'Hallorans in Irland als Landwirte selbstständig, davor haben sie fünf Jahre lang bei der Domäne Frankenhäusen in der ökologischen Landwirtschaft gearbeitet.

#### Neu im Wissenschaftlichen Beirat

Der wissenschaftliche Beirat hat zwei neue Mitglieder: Dr. Wolfgang Wesely wird sich zu EU-Förderprogrammen, Klimaschutz, Energiewende und nachhaltigem Wirtschaften einbringen. Dr. Mona Gharibs fachliche Schwerpunkte sind Chemie und Bodenfruchtbarkeit.



Dr. Wolfgang Wesely  
► Kontakt: [wolfgang.wesely@bund.net](mailto:wolfgang.wesely@bund.net)



Dr. Mona Gharib  
► Kontakt: [mona.gharib@bund.net](mailto:mona.gharib@bund.net)

#### Nachruf: Dr. Birgit Felinks

Am 6. Mai ist Dr. Birgit Felinks an den Folgen ihrer schweren Erkrankung gestorben. Sie hatte seit November 2011 das Auenökologische Zentrums auf Burg Lenzen geleitet. In kurzer Zeit hat sie das Projekt „Auenverbund und Auenentwicklung an der Unteren Mittelbe“ zur Bewilligung geführt und die Planung für den „NaturLyrikGarten“ bis zur Umsetzungsreife gebracht. Mit großer Leidenschaft hat sie sich für die wissenschaftliche Begleitung der Deichrückverlegung engagiert und Besuchergruppen, Journalisten und Spender für die Arbeit des Auenökologischen Zentrums begeistert.

Birgit Felinks hat mit ihrer frischen und temperamentvollen Art viel Schwung und Fröhlichkeit ins Team gebracht. Ihr großes Engagement, ihre Hilfsbereitschaft und ihre offene Art werden uns immer in Erinnerung bleiben. Ihr Tod macht uns unendlich traurig.

*Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler, Susanne Gerstner*

Herausgeber:  
BUND Landesverband  
Niedersachsen e.V.  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Tel: (0511) 965 69-0  
Fax: (0511) 66 25 36  
[bund.nds@bund.net](mailto:bund.nds@bund.net)  
[www.BUND-Niedersachsen.de](http://www.BUND-Niedersachsen.de)

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE76 25120510  
0008498404  
BIC: BFSWDE33HAN

Text und Redaktion:  
Thomas Mura  
[thomas.mura@nds.bund.net](mailto:thomas.mura@nds.bund.net)

Satz und Layout:  
[silvi@weindok.de](mailto:silvi@weindok.de)